

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe September 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Michael Lüders: *Besatzer, nicht Befreier***
- **Helmut Scheben: *Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt***
- **IPPNW: *Medizinische Friedensorganisation fordert kritische Debatte über Militäreinsätze***
- **Frieden-Links: *Nichts wird gut in Afghanistan und anderswo, solange Krieg zu Frieden führen soll***
- **Alfred de Zayas: *Die USA betreiben eine Außenpolitik des permanenten Krieges***
- **Sergeij Lawrow: *Das Gesetz, die Rechte und die Regeln***
- **Gert Ewen Ungar: *"Regelbasierte Ordnung": Die Rückkehr der Kolonialherren***
- **Gerd Held: *Verfassungsumsturz in Europa***
- **Klaus Gerd Steen: *Der Nahostkonflikt***
- **Anja Siegemund: *Der Zionismus und die arabische Frage***
- **Nirit Sommerfeld: *Nicht in meinem Namen! Gedanken zur andauernden Naqba***
- **Adam Raz: *Israel behauptete seine Eroberungen 1967 seien nicht geplant gewesen, doch freigegebene Dokumente beweisen das Gegenteil***
- **Michael Felten: *Das anarchische Potential des digitalen Lehrerzimmers***
- **Diagnose-media: *Leitfaden digitale Medien***

Zitat des Monats von [Mark Twain](#):

**Wahrheit ist etwas so Kostbares,
dass Politiker nur sehr sparsam damit umgehen.**

Das Ende der westlichen **Kriegsführung in Afghanistan** nach 20 Jahren ist unser erster Schwerpunkt. Michael Lüders zeigt auf, dass es dabei nie um Demokratie oder Menschenrechte ging. Auch Helmut Scheben erinnert daran, dass dieser Krieg schon vor den 9/11-Anschlägen geplant und beschlossen war. Johan Galtung und auch das IPPNW weisen auf die völkerrechtliche Widerrechtlichkeit solcher Angriffe hin. Die aktuelle Kritik an der dilettantischen Art des Abzuges dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Einsatz von Anfang an **menschenverachtend und rechtswidrig** war. Alfred de Zayas ordnet diese Sichtweise historisch ein als übliche Praxis der USA und der westlichen Welt und fordert eine selbstkritische Anerkennung des Kriegsverbrechens und eine **ehrlche Wiedergutmachung** bei den immensen angerichteten Schäden.

Der russische Außenminister **Lawrow** entwickelt in einem Artikel **Vorstellungen über die internationale Politik**, die auf souveräner Gleichheit der Staaten, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und friedlicher Konfliktlösung bestehen müsse. Dazu passt auch die von Gert Ewen Ungar dargelegte Kritik an der neuerdings verbreiteten Rede von einer "regelbasierten Ordnung", mit der die westlichen Staaten die klaren Regeln des **Völkerrechts** im Sinne neoliberalen Wirtschaftens aufweichen wollen. In diesen Kontext gehört auch die von Gerd Held geäußerte Kritik an den Bestrebungen, im Rahmen der EU nationale Verfassungen durch den Europäischen Gerichtshof auszuhebeln und damit die **Souveränität** der Mitgliedsstaaten weiter auszuhöhlen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der Nahostkonflikt. In den Beiträgen von Klaus Gerd Stehen und Anja Siegemund wird die **Geschichte Israels /Palästinas** seit 1917 dargestellt. Nirit Sommerfeld erinnert daran, dass die aktuelle Situation nur vor dem Hintergrund der langen militärischen Besetzung Palästinas durch Israel zu verstehen sei und fordert gleiche Rechte für die Palästinenser. Adam Raz zeigt auf, dass die seit 1967 andauernden Besatzungen bereits Jahre vorher geplant gewesen sind.

Abschließend wird in zwei Beiträgen das Thema der **Digitalisierung im Bildungswesen** aufgegriffen und auf die schlechten Erfahrungen verwiesen, die gerade auch in der jüngsten Zeit damit gemacht worden sind. In einem Leitfaden wird aufgezeigt, wie man den damit verbundenen Gefahren begegnen könnte.

[Inhalt](#) ↑

• Michael Lüders: **Besatzer, nicht Befreier**

Das [Fiasko in Afghanistan ist die zweite große Niederlage der USA](#) seit dem Abzug aus Saigon im April 1975. Erneut muss sich die stärkste Militärmacht der Welt Kriegern geschlagen geben, die über keinerlei Hightech-Waffen verfügten, sondern in Sandalen daherkommen. Nicht allein die USA – ebenso die NATO und die aufeinander folgenden Bundesregierungen, die am "Krieg gegen den Terror" in Afghanistan seit 20 Jahren beteiligt waren. Mit Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, die stets zur Begründung für US-geführte Kriege in der islamischen Welt herangezogen werden, hatte der Angriff auf Afghanistan nach Michael Lüders nichts zu tun. Das aus geopolitischen Gründen in Kabul eingesetzte Marionetten-Regime hatte keinerlei nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung, verschlang aber ca. 40% der von den USA für die Intervention aufgebrauchten 2'000 Mrd. US-Dollar. Dagegen sind die Taliban vor allem in der größten Ethnie der Paschtunen tief verwurzelt und haben durch ihre wichtigsten Financiers in

Pakistan und Saudi-Arabien viel Unterstützung sowie durch den rücksichtslosen US-Drohnenkrieg viel Auftrieb bekommen. Der deutschen Regierung bescheinigt Lüders, dass sie nach wie vor keinen eigenen Plan habe, wie mit Afghanistan und insbesondere mit den Taliban umgegangen werden soll.

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Helmut Scheben: **Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt**

Da [das unausweichliche Scheitern und die Notwendigkeit des Rückzugs eigentlich von niemandem in Frage gestellt werden](#) kann, verbiegt man sich nach Helmut Scheben im Westen beinah akrobatisch, um mit falschen Fragen vom Kern der Sache abzulenken. Afghanistan war nie eine terroristische Bedrohung für den Westen, und die Taliban waren nicht die Urheber der 9/11-Anschläge 2001 in Manhattan. Scheben legt ausführlich dar, dass der Angriff auf Afghanistan eine vor 9/11 getroffene Entscheidung war und geopolitische Gründe hatte. Der Angriff auf Afghanistan sei Ausdruck einer seit 2001 betriebenen Kanonenbootpolitik des Westens. Dabei haben die USA die Warnung ihres ehemaligen Präsidenten John Adams missachtet, die USA sollten sich davor hüten, in der Welt herumzugehen "in search of monsters to destroy". Denn dabei könnten sie leicht "zum Diktator der Welt werden".

[Helmut Scheben](#), Jg. 1947, studierte Romanistik. promovierte 1980. Von 1980 bis 1985 war er als Presseagentur-Reporter und Korrespondent für Printmedien in Mexiko und Zentralamerika tätig. Ab 1986 war er Redakteur der Wochenzeitung; von 1993 bis 2012 war er Redakteur und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF. (Red.)

[Inhalt](#) 

- IPPNW: **Medizinische Friedensorganisation fordert kritische Debatte über Militäreinsätze**

Angesichts des Desasters in Afghanistan fordert die IPPNW "eine kritische Reflexion über diesen und andere Militäreinsätze und verweist darauf, dass [alle aktuellen Auslandseinsätze völkerrechtlich und verfassungsrechtlich problematisch](#) sind. Die Mediziner appellieren an die Bundesregierung, sich an das Grundgesetz und das Humanitäre Völkerrecht zu halten und darüber hinaus Verstöße juristisch zu ahnden. Das Völkerrecht bietet Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung: Deutschland muss im Rahmen der UN agieren und nicht im Rahmen von NATO oder Koalitionen der Willigen."

Die IPPNW erinnert daran, dass die für ein auskömmliches Leben erforderlichen ökonomischen Grundlagen die Voraussetzung dafür sind, dass sich Menschen langfristig von Krieg und Terror abwenden. Sie appelliert an die Bundesregierung, nicht mit Warlords, sondern mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, keine bewaffneten Drohnen einzusetzen und die Auslandseinsätze zu beenden.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) 

- **Frieden-Links: Nichts wird gut in Afghanistan und anderswo, solange Krieg zu Frieden führen soll**

Der Friedensforscher Johan Galtung sagte kurz nach dem Bundestagsbeschluss für den Afghanistan-Krieg: "Ich halte es ... für naiv, mit Gewalt Änderungen herbeiführen zu wollen. [Der Terrorismus kann nur mit Dialog und dem Willen zur Versöhnung bekämpft werden](#). Die Amerikaner haben es verpasst, mit den Taliban zu verhandeln. Letztere waren sogar bereit, Osama Bin Laden an einen anderen islamischen Staat auszuliefern. Die USA haben das ausgeschlagen, einen Krieg begonnen und damit noch mehr Hass auf sich gezogen. Der Westen muss von seiner gewalttätigen Politik abkehren."

Heute gehe es um den Ausbau der internationalen Friedensordnung, die Aufwertung der UNO und der OSZE und der internationalen Kooperation zur Lösung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen der Menschheit.

"Es muss deutlich gesagt werden: [Der eigentliche Fehler – das eigentliche Verbrechen – war der Überfall auf Afghanistan 2001](#)", sagt Dr. Christine Schweitzer, die Geschäftsführerin vom 'Bund für Soziale Verteidigung'. "Er hat nicht nur über zwei Billionen US-Dollar gekostet, sondern das Leiden der Menschen in Afghanistan verstärkt, Hass gesät und Konflikte unter den Volksgruppen Afghanistans weiter angeheizt. Was jetzt geschieht, ist die Ernte von zwanzig Jahren, in denen man meinte, Toleranz, Akzeptanz grundlegender Menschenrechte und Demokratie durch Gewehre und Drohnen erzwingen zu können."

Schweitzer sieht den Abzug als überfällig an, kann die späte Evakuierung der Ortskräfte trotz der sich schon lange abzeichnenden Niederlage nicht verstehen, bewertet die angedrohte Streichung von Mitteln durch die Bundesregierung als hilflos und unsinnig und freut sich über das Verbleiben von internationalen und deutschen Hilfswerken.

[Inhalt](#) ↑

- **Alfred de Zayas: Die USA betreiben eine Außenpolitik des permanenten Krieges**

Alfred de Zayas gibt uns im Interview seine Einschätzung zur Niederlage der USA in Afghanistan. Demnach hatten die Taliban die Kontrolle so schnell wieder bekommen, da die USA und ihre Allianz keine Wurzel im und keine Überzeugungskraft gegenüber dem afghanischen Volk hatten. Zudem hätten die Besatzer aus ihren Fehlern z.B. in Vietnam nichts gelernt und seien ihrer eigenen Propaganda aufgesessen. Es sei nicht darum gegangen, in Afghanistan den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, vielmehr habe man den Terrorismus geschürt. Um dem Land wieder auf die Beine zu helfen, sei es nun erforderlich, mit Ehrlichkeit, Respekt und Aufrichtigkeit konstruktive Unterstützung anzubieten. Ohne Privatisierungen, ohne Kapitalinvestitionen.

Nach de Zayas [haften die USA für all die Schäden, die die NATO in Afghanistan angerichtet haben](#). Dem Vorschlag der Taliban, für die Regierungsbildung alle Kräfte im Land einzubeziehen, begegnet de Zayas mit etwas Zurückhaltung, rät aber die Entwicklung zu beobachten. Damit die EU eine ehrliche Rolle spielen könne, müsste sie sich von den USA abkoppeln. Das sei aber nicht zu erwarten. Ohne Anerkennung ihrer Kriegsverbrechen am Hindukusch werde die EU dort kaum Einfluss nehmen können. Den USA wirft de Zayas vor, nicht nur die Afghanen, die Taliban, die Palästinenser mit ihrem Benehmen in unterschiedlichen Nuancen zu provozieren, sondern die ganze Menschheit, wenn sie sich anmaßen, eine "Mission" zu haben und die "Demokratie" zu exportieren, und dabei das kapitalistische Wirtschaftssystem zu meinen. Bei seiner Kritik sieht sich de Zayas als Patriot, der von "seiner Regierung saubere und ehrliche Handlungen und von seinen Politikern Rechenschaft verlangt". Um willkürliche Kriege nicht weiter mitansehen zu müssen, müssen nach de Zayas nicht nur die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, sondern die Welt brauche "präventive Diplomatie, friedensfördernde Maßnahmen und ein Ende der Provokationen und Ausbeutung anderer Menschen und Länder". Den Taliban nun Vorwürfe wegen Flüchtlingen, Migration oder Frauenrechten zu machen und dabei die illegale Einmischung in Afghanistan nicht zu nennen, sei der Krise nicht angemessen.

Hinsichtlich des Mohnanbaus in Afghanistan zitiert de Zayas den Journalisten Alan McLeod, der schreibt, dass Mohn vom US-Militär als perfekte Kriegspflanze angesehen werde. US-„Geheimdienstoffiziere stellten sogar Anleitungen für den Mohnanbau zusammen, verteilten Saatgut an lokale Afghanen und halfen beim Anbau von Hunderten von Mohnpflanzen, was den illegalen Handel im Land anheizte.“ Dadurch erreichte die Opiumproduktion in Afghanistan 2020 einen Rekord von fast 10'000 Tonnen, und so wurde das Land der größte Mohnanbauer weltweit, dank den USA.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Sergeij Lawrow: **Das Gesetz, die Rechte und die Regeln**

Russlands Außenminister Sergeij Lawrow betonte in einem eigenen Artikel den von Putin in seinem Artikel „Offen sein, trotz der Vergangenheit“ zum Ausdruck gebrachten Ansatz, Sicherheit ohne Trennlinien, einen gemeinsamen Raum für gerechte Zusammenarbeit und inklusive Entwicklung zu gewährleisten. Lawrow gibt aber auch seinem Erstaunen darüber Raum, dass US-Offizielle unmittelbar nach den Gesprächen in Genf behaupteten, sie hätten es Moskau „klar gemacht“, „es gewarnt und ihre Forderungen gestellt“, obwohl es während der Gespräche keine Einwände gegen die von Putin als einzigen Weg bezeichnete [„Suche nach einem für beide Seiten akzeptablen Interessenausgleich auf streng paritätischer Basis“](#) gab. Lawrow findet es bezeichnend, dass in den europäischen Hauptstädten die unmittelbar nach den Gesprächen geäußerte unumstößliche Position Washingtons sofort und einstimmig aufgegriffen wurde. Lawrow registrierte, dass die Teilnehmer an den G7-, NATO- und US-EU-Gipfeln „die erneute Konsolidierung der Alten Welt unter den Fittichen der neuen Administration in Washington“ begeistert aufnehmen. Er nimmt auch wahr, dass Washington und Brüssel verkündeten, Sanktionen zur „Unterstützung der Demokratie auf der ganzen Welt“ einzusetzen. Die am Rande des G7-Gipfels vom 10.06.2021 von Joseph Biden und Boris Johnson wiederbelebte Anglo-Amerikanische Atlantik-Charta sei darauf angelegt, die in einer neuen Weltordnung gewollte Kluft zwischen den sogenannten liberalen Demokratien und allen anderen Nationen zu vergrößern und die regelbasierte Ordnung zu legitimieren, auch um die Umgestaltung nicht-demokratischer Staaten zu legitimieren. Auch die „autoritären Mächte“ Russland und China sollen „den westlichen Vorschriften zu Menschenrechten, Zivilgesellschaft, Behandlung der Opposition, Medien, Regierungsführung und dem Zusammenspiel der Gewalten folgen“.

Nach Lawrow wagen kluge Politiker in Europa und Amerika nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit pragmatisch zu denken. Lawrow fragt sich, warum die westlichen Staaten davon ausgehen, mit den weltweiten Fragen zu Menschenrechten und Regierungsformen allein fertig zu werden. Eine Lösung der internationalen Probleme sieht Lawrow nur, wenn es zu „einem wechselseitig respektvollen Dialog unter Einbeziehung der Führungsmächte und unter Berücksichtigung der Interessen aller anderen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft [kommt]. Dies impliziert eine bedingungslose Verpflichtung zur Einhaltung der universell akzeptierten Normen und Prinzipien des Völkerrechts, einschließlich der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, der friedlichen Lösung von Konflikten und des Rechts auf Selbstbestimmung.“ Lawrow erinnert daran, dass die UN-Charta ein Regelwerk ist, dessen Regeln von allen Ländern der Welt und nicht von einer geschlossenen Gruppe verabschiedet wurden.

[Sergei Wiktorowitsch Lawrow](#), Jg. 1950, [studierte](#) am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), der Kaderschmiede für Generationen von Sowjetdiplomaten; bis 2004 russischer Diplomat in verschiedenen Positionen, seit März 2004 Außenminister der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gert Ewen Ungar: **"Regelbasierte Ordnung": Die Rückkehr der Kolonialherren**

Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode den Begriff des Völkerrechts weitgehend durch [die Rede von der "regelbasierten Ordnung"](#) ersetzt. Während der Begriff Völkerrecht konkret ist, bleibt der Begriff "regelbasierte Ordnung" schwammig. Das Völkerrecht wurzelt in der UN-Charta. Es gibt konkrete Institutionen, die die Einhaltung des Rechts überwachen und die UN-Charta beständig auslegen, aber kein letztinstanzliches Weltgericht. Daran angelagert ist daher eine Vielzahl von völkerrechtlich bindenden Verträgen und Resolutionen.

Auf eine [mündliche Anfrage](#) des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko zur Definition teilt die Bundesregierung mit, es handle sich beim Begriff der regelbasierten Ordnung um einen politischen Begriff, der den juristischen Begriff "Völkerrecht" ergänzt: "Die 'regelbasierte Ordnung' umfasst neben den rechtlich verbindlichen Normen des Völkerrechts auch rechtlich nicht bindende Normen, Standards und Verhaltensregeln."

Das hindert die Bundesregierung aber nicht, all diese Regeln je nach Fall einseitig auszulegen, d.h. entgegen dieser Regeln mit zweierlei Maß zu messen. Für Gert Ewen Ungar besteht zudem der Eindruck, dass bei der Rede von der "regelbasierten Ordnung" lediglich die Regeln des westlichen (wirtschaftlichen) Liberalismus durchgesetzt werden sollen. Deutschland habe die Möglichkeit, einen Beitrag zur Stabilität der internationalen Ordnung zu leisten, aber die deutsche Politik müsse sich dazu ehrlich machen, in einen echten Dialog eintreten und die Idee der eigenen Vormachtstellung aufgeben.

[Gert-Ewen Ungar](#), Jg. 1969, studierte in Frankfurt am Main Philosophie und Germanistik, lebt jetzt in Berlin und arbeitet als Pädagoge in der Sozialpsychiatrie. Seit 2014 absolviert er regelmäßige Reisen nach Russland und berichtet über seine dortigen Erfahrungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gerd Held: **Verfassungsumsturz in Europa**

Gerd Held sieht in dem von der EU eingeleiteten "Vertragsverletzungsverfahren" gegen Deutschland einen Verfassungsumsturzversuch in Europa, d.h. den Versuch, den EuGH als oberste Instanz in allen Rechtsfragen der EU durchzusetzen. Gelingen der Versuch, dann wären alle Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten den EU-Verträgen unterstellt. Sie wären damit als Verfassungen praktisch außer Kraft gesetzt.

Nach Held sind aber die Mitgliedsstaaten die konstituierenden Vertragsparteien der EU. Damit seien auch die Verfassungen dieser Mitgliedsstaaten die tragenden Säulen des EU-Vertrags-Rechts. Doch nun sollen die EU-Verträge auf einmal selber eine Verfassung sein. [Damit würde die Souveränität der Mitgliedsstaaten durch eine Souveränität der EU-Organe ersetzt](#). Diese würden fortan aus eigener Kompetenz die weitere Entwicklung bestimmen. Die Nationalstaaten würden zu bloßen regionalen Untereinheiten eines neuen Staatswesens namens "Europäische Union" werden. Dieser Verfassungsumsturz in EU-Europa würde nicht etwa als demokratischer Gründungsakt durch eine repräsentative, verfassungsgebende Versammlung vollzogen, sondern durch die Hintertür mit Hilfe von Strafverfahren und Gerichtsurteilen gegen einzelne EU-Mitgliedsstaaten. Es würde also versucht, durch einzelne Rechtsakte außerhalb des gültigen Rechtsrahmens vollendete Tatsachen zu schaffen. Mit dieser Macht des Faktischen soll hinter dem Rücken der Bürger eine Verfassungswende in Europa durchgesetzt werden.

Held setzt uns auseinander, dass die EU-Organe z.B. mit den Ankaufprogrammen der EZB außerhalb ihrer Kompetenzen agieren und daher das Urteil des deutschen BVerfG richtig sei. Die mit den Ankaufprogrammen und dem "Wiederaufbaufonds" vollzogene Wende in der Staatsfinanzierung in der EU sei durch die EU-Verträge nicht gedeckt. Es gebe kein "Europäisches Recht", kein Recht der EU-Organe, marktregulierend einzugreifen.

Der Anspruch des EuGH, alleine über "Europäisches Recht" zu entscheiden, verstoße auch gegen das Subsidiaritätsprinzip, was das BVerfG erkannt habe. Mit diesem Anspruch werde versucht, einen europäischen Bundesstaat einzurichten, dem die Ablehnung einer EU-Verfassung 2005 in Referenden in Frankreich und den Niederlanden eindeutig entgegensteht. Held geht davon

aus, dass die EU-Kommission die Zeit für gekommen sieht, die staatsrechtliche Machtfrage in Europa erneut zu stellen. "Nach den Maßstäben des Ultra-Vires-Urteils des BVerfG hat die Bundesregierung die Rechtspflicht, dies EU-Verfahren gegen Deutschland ausdrücklich zurückweisen und ihrerseits Klage gegen die EU-Kommission wegen Verletzung der EU-Verträge zu führen." Held sieht aber die Gefahr, dass die Bundesregierung die Verteidigung des Grundgesetzes unterlässt, um Reibungen und Feindseligkeiten in der EU zu vermeiden, d.h. sie könnte bereit sein, der autoritär-bevormundenden europäischen Einheit den Vorrang vor dem Grundgesetz zu geben.

[Gerd Held](#), Jg. 1951, nach einer Facharbeiterlehre und Berufstätigkeit Studium der Sozialwissenschaften und der Sozialphilosophie in Hannover und Paris; seit 2008 als freier Publizist und Privatdozent (TU Berlin) tätig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Klaus Gerd Steen: **Der Nahostkonflikt**

Klaus Gerd Steen legt uns unter Nutzung vieler Quellen [die Hintergründe des Nahostkonflikts](#) dar. Auf Seite 25ff schreibt Steen: "Die Balfour-Deklaration ist als ein Meilenstein in der Geschichte der zionistischen Bewegung eingegangen und prägt bis heute in hohem Maße die rechtliche, historische und religiös-zionistische Argumentation im Nahostkonflikt. Die strategischen Überlegungen des britischen Kriegskabinetts indes, die letztlich zur Balfour-Deklaration geführt haben, lagen in dem Bestreben begründet, die Kontrolle über das Gebiet Palästinas nicht aus der Hand geben zu müssen. Allein in einer ausschließlich britischen Verfügungsgewalt über dieses Territorium wurde damals die Garantie gesehen, die imperialen bzw. kolonialen Interessen Großbritanniens in Ägypten und am Suez-Kanal wirksam schützen zu können. Entsprechend dieser Einschätzung entschied das britische Kriegskabinett im Mai 1917, dass jede andere Macht in Palästina eine Bedrohung für das britische Weltreich darstelle. Damit war mittelfristig die Zielrichtung der britischen Nahost-Politik festgeschrieben. Als geeignetes Vehikel zur Durchsetzung seiner so definierten Interessen entschied Großbritannien, sich die Bestrebungen der Zionisten nutzbar zu machen und diese mit ihren eigenen Zielen zu verbinden. Mit dem Versprechen, die Errichtung einer 'nationalen Heimstätte' der Juden in Palästina zu unterstützen sowie den Prozess der Durchsetzung jüdischen Selbstbestimmungsrechts dort zu befördern, wurde seitens der Briten in sehr 'spezieller Weise' der Forderung des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nach einer 'neuen Weltordnung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker' entsprochen. Dessen ungeachtet aber war die 'Jüdische Selbstverwaltung in Palästina [...] damit der geeignete Deckmantel' für eine Annullierung der vormals geplanten Internationalisierung Palästinas und die Fortsetzung britischer Kontrolle über diese strategische Schlüsselposition im Vorderen Orient, 'die Wilson ansonsten wohl als imperialistische Aktion der Briten nicht akzeptiert hätte'."

Die so geplante "Wiedergeburt der jüdischen Nation" war auch unter den Zionisten umstritten. Für Steen konnte aber der arabischen Seite nicht verborgen bleiben, "auf welcher 'konspirativen' Weise in britisch-jüdischem Zusammenspiel versucht wurde, die Bildung eines zionistischen Staates in Palästina einzufädeln". Ein von Rothschild vorgelegter "Heimstätten"-Entwurf sorgte im britischen Kriegskabinett für Widerstand und Diskussionen über den Umgang mit den in Palästina lebenden Arabern (Seite 27).

Am 31.10.1917 verabschiedete das britische "Kriegskabinett eine vermeintlich pro-arabische Deklaration. Sie anerkannte zwar prinzipiell die religiösen und bürgerlichen Rechte der Araber, zielte aber letztlich offensichtlich darauf ab, die Gewährung der politischen Emanzipation auf einen Zeitpunkt zu verschieben, zu dem die Angehörigen der jüdischen Heimstätte die Mehrheit im Lande erreicht haben würden. Dass in der Deklaration der neunzigprozentige arabische Bevölkerungsanteil in Palästina zudem unter dem diskriminierenden Begriff der 'nicht-jüdischen Gemeinden' subsumiert wurde, ließ trotz aller Verschwommenheit der sonstigen Formulierungen deutlich erkennen, wer in Zukunft den Charakter Palästinas prägen sollte."

Für Steen wurde "mit der Balfour-Deklaration zugleich einer der wichtigsten Grundsteine des späteren Nahost-Konfliktes gelegt". Ben Gurion sah "bereits 1918, dass es nach seiner Ansicht 'keine Lösung für den arabisch-jüdischen Konflikt' gäbe" (Seite 28). Die weitere Entwicklung des Konflikts stellt der Autor ausführlich und unter Verwendung vieler Quellen über weitere 180 Seiten der 2007 erschienenen Studie dar.

[Inhalt](#) ↑

- Anja Siegemund: **Der Zionismus und die arabische Frage**

Im Jahr 1921 erklärte der Zionistische Kongress in einer "Resolution zur arabischen Frage" seinen "[Willen, mit dem arabischen Volk in einem Verhältnis der Eintracht und der gegenseitigen Achtung zu leben](#)". Jedem der Völker Palästinas solle "eine ungestörte nationale Entwicklung" gesichert werden. Der Kongress, und damit die Legislative der Zionistischen Bewegung, forderte die Zionistische Exekutive auf, "ihre Bemühungen um eine aufrichtige Verständigung mit dem arabischen Volk [...] in erhöhtem Maße fortzusetzen." Ein Hintergrund der Erklärung waren die blutigen Ausschreitungen 1921 in Palästina, von Arabern gegen Juden, die etwa 100 Todesopfer gefordert hatten. Doch der Inhalt der Resolution, sich mit den Arabern zu verständigen, und was unter Verständigung zu verstehen sei, wurde innerhalb der zionistischen Bewegung kontrovers beurteilt. Die Prototypen dieser Zionismus-Versionen, die man oft auch nach ihren Präferenzen für Quantität oder für Qualität der jüdischen Siedlung unterschied, gediehen in verschiedenen Kontexten. Im Groben sind im Zionismus vier große Lager in Bezug auf die Araberfrage zu unterscheiden, die sich seit Anfang der 1920er-Jahre mehr und mehr herauskristallisierten.

Eingebracht hatte die Resolution Martin Buber aus dem Lager, das große ethische Ansprüche und sozialistische und pazifistische Ideen vertrat. Dieses Lager sprach sich für eine Verständigung mit den Arabern Palästinas aus, von Mensch zu Mensch. Buber war vom Wortlaut der verabschiedeten Resolution enttäuscht. Das andere Ende des zionistischen Spektrums, für das Zionismus vor allem politische Selbstbestimmung bedeutete, sah keine Basis für solche Verständigung und war überzeugt, dass sich eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern nicht vermeiden lasse. Deren Anführer Vladimir Ze'ev Jabotinsky sah die Notwendigkeit, unter der Macht von Militärgewalt die jüdische Siedlung voranzutreiben, lehnt aber den Transfer der arabischen Bevölkerung aus Palästina ab. Für die zionistische Mehrheit um Ben Gurion und Chaim Weizmann war die arabische Frage vergleichsweise weit mehr in der Peripherie angesiedelt. Für diese Mehrheit war Kooperation mit den Arabern nicht so essentiell notwendig wie für das Verständigungslager. Und im Gegensatz zu diesem war man nicht bereit, das eigene Ziel der großen jüdischen Siedlung nur aufgrund der Existenz der Araber aufzugeben. Man vermied von einem jüdischen Staat zu sprechen. Zunächst sollte es um das Erringen einer gesicherten Machtposition gehen.

Ab Ende der 1930er-Jahre entwickelte sich der Kurs der zionistischen Mehrheit immer mehr dahin, die jüdische Siedlung in Palästina durch einen jüdischen Staat offensiv zu sichern. Das war auch eine Reaktion auf die Eskalation des Konflikts zwischen Juden und Arabern, auf die britische Politik der aufgehobenen Unterstützung für die jüdische Siedlung und auf das fast vollständige Verbot jüdischer Einwanderung, nicht zuletzt auf Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Angesichts all dessen schien damals den meisten Zionisten die Resolution von 1921 irrelevant, bestenfalls wie ein frommer Wunsch, zumal ihr Pendant auf arabischer Seite fehlte.

Anja Siegemund, Jg. 1967, Historikerin, seit 09/2015 Direktorin der Stiftung 'Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum'. Zuvor Leitung des Leo-Baeck-Instituts Jerusalem (2009–2015), 2002–2009 Arbeit an akademischen Instituten in Israel, zuvor freie Mitarbeit an Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen in Berlin und München. Forschungen zu deutsch-jüdischer Geschichte v. a. im 20. Jahrhundert, zu deutschsprachigem Zionismus und der Migrationsgeschichte deutscher Juden, Schwerpunkte u. a. Erinnerungskulturen und 'Oral History'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Nirit Sommerfeld: **Nicht in meinem Namen! Gedanken zur andauernden Naqba**

In ihrer Rede vom 11.06.2021 auf der Kundgebung in Wuppertal äußerte Nirit Sommerfeld ihre Gedanken zur Naqba: Raketen aus Gaza? Ja, aber das, was wir in unseren Medien überwiegend darüber lesen, sei nicht die ganze Geschichte. Es sei nur jener Teil davon, der in das herrschende Narrativ passt. Vorangegangen seien eine [dauerhafte Militärbesetzung der palästinensischen Gebiete, Schikanen und ein nicht endender zermürender Krieg](#). Auch die israelische Bevölkerung werde indoktriniert. Nur wenige könnten sich der fortwährenden Feindbildhetze durch die Regierung entziehen. Von denen, die verstanden haben, unter den Juden wie den Palästinensern, gehe aber auch die einzige verbliebende Hoffnung aus. "Wir hassen keine Juden, wir wollen keine Israelis vertreiben, aber wir wollen die gleichen Rechte genießen und auch wie Menschen in Würde leben und nicht wie Tiere behandelt werden."

[Nirit Sommerfeld](#), Jg. 1961, ist eine deutsch-israelische Schauspielerin und Sängerin. Sie engagiert sich in dem Verein "Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Adam Raz: **Israel behauptete seine Eroberungen 1967 seien nicht geplant gewesen, doch freigegebene Dokumente beweisen das Gegenteil**

Entgegen der jahrelangen Behauptung, dass Israel nach dem Krieg im Juni 1967 plötzlich und unerwartet Territorien in Besitz hielt, enthüllen deklassifizierte Dokumente des israelischen Staatsarchivs detaillierte Richtlinien, die von der israelischen Armee vor dem langwierigen Einsatz, mit der sie beauftragt werden sollte, erstellt wurden. [Bereits Anfang der 1960er Jahre hatten die akribischen Vorbereitungen der israelischen Armee zur Eroberung dieser Gebiete begonnen](#). So wurde 1961 der Vorschlag für eine detaillierte, erste Planung für die Einsatzkräfte niedergeschrieben, was man benötigen würde, um in den besetzten Gebieten zu regieren. Im August 1963 verfasste die Generalstabsabteilung der israelischen Armee eine weit verbreitete Direktive bezüglich der Organisation der Militärregierung in den Gebieten. Im Juni mahnte ein ranghoher kommandierender Offizier an, dass die Kommandostrukturen der Verwaltung für die Herrschaft über die besetzten Gebiete nicht ausreichend befähigt seien, um ihren zukünftigen Auftrag zu erfüllen.

[Adam Raz](#) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Akevot-Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung; Autor schreibt regelmäßig für Ha'aretz; Schwerpunkte: politische Geschichte des 20. Jh. (insbesondere Nuklearwaffen und israelisch-arabische Beziehungen und marxistisches Denken. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael Felten: **Das anarchische Potential des digitalen Lehrerzimmers**

Michael Felten hat sich 100 Tage in den von Lehrpersonal genutzten Social-Media-Plattformen umgesehen. Er geht u.a. davon aus, dass bei den für die Digitalisierung schwärmenden Kreisen unglaublich registriert worden sein dürfte, "dass Schüler wie Lehrer den gemeinschaftlichen Präsenzunterricht lieber mögen als das vereinzelnde Distanzlernen". In NRW hat er einen [Aktivistenkreis ausgemacht, der versucht, "neue Lernformen und zeitgemäße Testformate salonfähig zu machen](#), quasi per Graswurzelbewegung". Dieser Kreis wolle andere Unterrichts- und Prüfungsformen und unterlaufe dabei die offizielle Ebene (Kultusministerkonferenz, Länder, Einzelschulgremien) der pädagogischen Moden sowie die gegebene Fachliteratur und den aktuellen Forschungsstand.

[Michael Felten](#), Jg. 1951, arbeitet seit 35 Jahren als Gymnasiallehrer. Er ist auch in der Lehrerbildung tätig sowie Publizist und Schulentwicklungsberater. Er schreibt für ZEIT-online in der Serie "Schulfrage". Felten betreibt die Internetseite www.eltern-lehrer-fragen.de. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Diagnose-media: **Leitfaden digitale Medien**

Diagnose-media.org hat einen Leitfaden für digitale Medien für Kinder und Jugendliche ins Netz gestellt. Der Leitfaden soll [eine Orientierungshilfe für Eltern und alle sein, die Kinder und Jugendliche begleiten](#). Er klärt über Gefahren und Risiken der neuen Medien für Kinder und Jugendliche auf: Beeinträchtigung der Gehirnentwicklung, Kommunikationsstress, Suchtgefahren, Verlust der Privatsphäre, jugendgefährdende Seiten im Netz, Cybermobbing und Gesundheitsbeeinträchtigungen durch die Dauerbestrahlung bei Mobilfunkanwendungen. Darüber hinaus zeigt der Leitfaden gesetzliche Regelungen, Schutzmaßnahmen und Handlungsmöglichkeiten auf, um Gefahren zu vermeiden oder ihnen angemessen begegnen zu können. Hierzu bietet der Leitfaden einen pädagogischen Standpunkt an, der eine geeignete Balance darstellt zwischen den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und den Einschränkungen, die als Vorsorgemaßnahmen zur Abwendung von Gefahren erforderlich sind.

Die Organisation wird vertreten durch Jörn Gutbier und Peter Hensinger; sie wird unterstützt von: BUND, Bündnis für Humane Bildung, Diagnose-Funk e.V., ELIANT, EUROPAEM, Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch und Umwelt e.V., Media Project e.V., neon, return, Stiftung für Kinder und der Verbraucherzentrale Südtirol.

[Inhalt](#) ↑